

VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

POLITIKWECHSEL BRAUCHT EINE STARKE SPD

Nach den Diskussionen in den vergangenen Wochen zum Kurs der SPD hat das Präsidium der SPD Baden-Württemberg einstimmig die folgende Erklärung verabschiedet.

1. SPD Baden-Württemberg ist Alternative zu verbrauchter CDU

Nur die Sozialdemokratie kann der CDU die Mehrheit in Baden-Württemberg streitig machen und für einen Ministerpräsidenten ohne CDU-Parteibuch sorgen. Bei uns gehen der Mut zu Reformen und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand. Das haben wir in der Bundesregierung auch mit der Agenda 2010 und dem großen Erfolg bei der Senkung der Arbeitslosigkeit bewiesen. Das beweisen unsere erfolgreichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker täglich in vielen Städten und Gemeinden im Land.

Die CDU hat bis heute nie die Kraft, geschweige denn den Mut zu notwendigen großen Reformschritten gehabt. Sie bleibt die Partei der Zweitverwertung und des einfachen Weges. Die SPD ist als linke Volkspartei die Alternative zur verbrauchten CDU im Land. Dies deutlich zu machen, ist das gemeinsame Ziel unserer Arbeit im Landesverband und der Landtagsfraktion. Wir haben keine Wählerstimme zu verschenken und keinen Grund, andere stark zu reden.



2. Mehrheiten werden durch Wählervotum bestimmt

Bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg haben die Wählerinnen und Wähler nun auch im Westen die gewohnte Parteienlandschaft verändert. Der Partei „Die Linke“ ist der Einzug in westdeutsche Landesparlamente gelungen – in Hessen mit einem denkbar knappen Ergebnis, bei dem mit 0,1 Prozent höherer Wahlbeteiligung der Einzug in den Landtag misslungen wäre. Es ist nach wie vor völlig offen, ob diese Veränderungen von Dauer sind und ob sie auch in anderen Bundesländern eintreten.

Eine Fünf-Parteien-Konstellation gab es übrigens im baden-württembergischen Landtag von 1992 bis 2001 auch über zwei Legislaturperioden hinweg. Mit der Landtagswahl 2001 sind dann die „Republikaner“ wieder in die Bedeutungslosigkeit versunken. Bei der Landtagswahl 2006 scheiterte die damalige WASG/PDS deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde, obwohl mit „Rente 67“ ein Mobilisierungsthema auf der Tagesordnung stand. Gleichwohl sind die Landtagswahlen in Hessen und auch Hamburg Beispiele dafür, dass sich derzeit neue Farbkombinationen auftun – selbst wenn es in Hamburg durch die Niederlage der FDP bei einer Vier-Parteien-Konstellation bleibt. Dies zeigt: Die Entscheidung für die Bildung von Koalitionen kann ehrlich und seriös erst nach dem Wählervotum erfolgen.

3. Koalitionen entscheiden sich an Inhalten

Für realisierbare Regierungsmehrheiten in den Ländern jenseits der Union bedarf es neben einer starken Sozialdemokratie in Zukunft mindestens eines, vielleicht auch zweier kleiner Koalitionspartner. Wer dabei für eine Zusammenarbeit mit der SPD in Frage kommt, kann sich nur anhand der Übereinstim-

mung von politischen Inhalten und der Verlässlichkeit der handelnden Personen entscheiden. Für die SPD Baden-Württemberg steht ein Zusammenwirken mit der Linkspartei weder programmatisch noch personell auf der Tagesordnung.

4. Wer regieren will, braucht Gestaltungswillen

Die Sozialdemokratische Partei in Baden-Württemberg arbeitet auf der Grundlage und nach den Grundsätzen des Hamburger Grundsatzprogramms. Für die Landespolitik bleiben inhaltlich die Felder maßgeblich, in denen wir auf Landesebene am stärksten gestalten: Wir wollen in Baden-Württemberg eine solidarische Bürgergesellschaft, eine Kultur des Respekts und der Anerkennung von Menschen und ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Leistungen. Eine umfassende Bildungsreform steht für uns an erster Stelle, denn Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe. Wir stehen für einen handlungsfähigen und sozialen Staat, der auch dafür sorgt, dass wir nicht auf Kosten der nächsten Generation leben; weder beim Umgang mit der Natur, noch bei der Aufstellung der öffentlichen Haushalte.

Unser Land braucht gute Arbeit und starke Unternehmen. Die Menschen verdienen einen gerechten Lohn. Daher streiten wir für Mindestlöhne und gegen die Auswüchse der Leiharbeit. Wir stehen für einen vorsorgenden Sozialstaat, der Sicherheit, Teilhabe und gleiche Lebenschancen gewährleistet. Wir nehmen uns der Sorgen und Nöte der Menschen an, damit Protestparteien – egal welcher Ausrichtung – erst gar nicht gewählt werden. ■

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Andreas Reißig
SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31
Fax 0711 619 36-55
Email: andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

GROßE AKTIVEN-KONFERENZ DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Unter dem Motto „Nah bei den Menschen“ findet am Samstag, 26. April 2008 von 10 bis 16 Uhr im Kultur- und Kongresszentrum FILharmonie in Filderstadt eine große Aktivenkonferenz der SPD Baden-Württemberg statt. Auf dieser Konferenz sollen gemeinsam mit den Amts- und Mandatsträgern der Landes-SPD in Europa, in Bund, Land und den Kommunen die inhaltlichen und organisatorischen Weichen für das Superwahljahr 2009 gestellt werden. Insbesondere im Hinblick auf die Kommunalwahl soll frühzeitig der Grundstein gelegt werden, dass wir 2009 in unseren Städten und Gemeinden erfolgreich sind. Dazu werden in Filderstadt auch thematische Diskussionsforen durchgeführt, die sich mit Bildung und Betreuung, mit kommunaler Daseinsvorsorge, der Nahversorgung sowie der „sozialen Stadt“ beschäftigen. Mit dabei sind unter anderem die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt und Generalsekretär Jörg Tauss sowie die Oberbürgermeister aus Ulm, Ivo Gönner, und Gabriele Dönig-Poppensieker aus Filderstadt. Das genaue Programm ist im Internet unter www.spd-bw.de abrufbar. Anmeldungen sind erforderlich und möglich über Telefon: 0711/61936-50, Telefax: 0711/61936-20 oder Email: susanne.hofmann-wildt@spd.de ■

AUS DEM PARTEILEBEN

SPD Heidelberg für längeres gemeinsames Lernen



„Schluss mit der frühen Separierung der Kinder“ war die Devise der von der SPD Heidelberg veranstalteten Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Politik, Schule und der Elternseite. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Claus Schmiedel, forderte dabei einen Bildungsaufbruch in drei Punkten: gezielte Förderung ab dem dritten Lebensjahr, gebundene Ganztagsangebote für

alle Altersklassen und längeres gemeinsames Lernen. Der ehemalige Lehrer verwies auf die Nachteile der frühen Aufteilung im Anschluss an das vierte Schuljahr: „Viele begabte Kinder werden von einer Gymnasialaufbahn abgekoppelt, insbesondere Kinder von Migranten. Die von der Landesregierung verkündete Durchlässigkeit nach oben ist unrealistisch.“ Als Folge dieser verfehlten Politik würden Potenziale nicht genutzt und 20 Prozent eines Jahrgangs verließen die Schule ohne berufliche Anschlussfähigkeit. ■



SPD Pleidelsheim ehrt langjährige Mitglieder

Der Ortsverein Pleidelsheim ehrte in einer Feierstunde zwei langjährige und aktive Parteimitglieder. Friedhelm Kastilahn wurde für 55 Jahre und Alois Zimmermann für 40 Jahre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie gewürdigt. Friedhelm Kastilahn engagierte sich neben seiner Tätigkeit als Geschäftsführer auch für das örtliche Rote Kreuz und als Vorsitzender für die Pleidelsheimer SPD. Alois Zimmermann hat sich für den Ortsverein als Kassenrevisor betätigt und gilt als fachkundiger Pflanzenkenner, wenn es um die Rabattenpflege seiner Heimatgemeinde geht. Die Landtagsabgeordnete Christine Rudolf hob in ihrer Laudatio die Treue und Beständigkeit der beiden Parteimitglieder hervor und bedankte sich im Namen der SPD sehr herzlich. ■

SPD-Landesgruppe mit neuem Azubi



Die Landesgruppe der baden-württembergischen SPD-Abgeordneten in Berlin hat einen neuen Auszubildenden: Michael Fritsch wird in den nächsten zweieinhalb Jahren bei der SPD im Bundestag seine Sporen als Kaufmann für Bürokommunikation verdienen. Im Rahmen der Vertragsunterzeichnung lernte der neue Azubi gleich das schwäbisch-badische Selbstbewusstsein kennen –

denn Michael Fritsch ist doch tatsächlich Hansa-Rostock-Fan. Für den Generalsekretär aus Baden-Württemberg ein unhaltbarer Zustand: Jörg Tauss schenkte ihm zum Einstand gleich drei Fanschals der Clubs aus dem Südwesten: von Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg. Dann kann's ja losgehen! ■

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM APRIL

ZUM 80. GEBURTSTAG

an Gerhard Armbruster in Ispringen, Kurt Binggesser in Welzheim, Walter Bittner in Ispringen, Renate Boutin in Rottweil, Walter Bürck in Wolfschlügen, Eduard Dech in Stuttgart, Günther Denzler in Mannheim, Anneliese Franko in Sindelfingen, Rudolf Freihaut in Waldbrunn, Gerd Führtner in Karlsruhe, Georg Gerteis in Laufenburg, Heinz Graeser in Reutlingen, Siegfried Günther in Ubstadt-Weiher, Leni Haas in Schramberg, Viktor Haberhauer in Kupferzell, Herbert Hermann in Ladenburg, Karl Hertel in Freudenstadt, Karl Himmelsbach in Singen, Walter Humpert in Ortenberg, Magdalene Hüttemann in Villingen-Schwenningen, Walter Jehle in Schönaich, Hannelore Jochum in Heidelberg, Bertha Koch in Untereisheim, Ruth Kossbiel in Waiblingen, Erich Kress in Neckargemünd, Walter Kunz in Karlsruhe, Wilhelm Mack in Metzingen, Kazimiera Michalczyk in Esslingen, Wolfgang Neher in Freudenstadt, Franz Rudolph in Reilingen, Emil Schäfer in Ketsch, Paul Schmidt in Herrenberg, Otto Schrempp in Wolfach, Elisabeth Settele in Stuttgart, Hermine Sprenger in Vaihingen, Hermann Steck in Gerstetten, Franz Wagner in Sternenfels und an Helmut Wolfram in Binau

ZUM 90. GEBURTSTAG

an Elsa Deusch in Offenburg, Friedrich Henkenhaf in Karlsruhe und an Elisabeth Schwenkschuster in Heidelberg

ZUM 95. GEBURTSTAG

an Emma Klein in Weinheim und an Gertrud Schanz in Neu-Ulm

ZUM 96. GEBURTSTAG

an Margarete Herold in Stuttgart und an Waldemar Krafft in Ispringen

ZUM 99. GEBURTSTAG

an Gertraude Ils in Freiburg

ZUM 50. PARTEIJUBILÄUM

an Heinz Bormann in Weinstadt, Klaus Gerland in Heidelberg, Gottfried Hecht in Winnenden, Robert Herr in Baden-Baden, Reinhard Löhning in Pforzheim, Erich Moessner in Karlsbad, Erich Riedinger in Gaggenau, Rolf Sauerzapf in Ludwigsburg, Rolf Seithel in Karlsruhe und an Gertrud Zalka in Stuttgart

ZUM 60. PARTEIJUBILÄUM

an Heinz Dentz in Dossenheim, Lothar Faas in Pforzheim, Edmund Fassnacht in Kornwestheim, Mimmi Fassnacht in Kornwestheim und an Hilde Heer in Sindelfingen

Kommunalwahlen 2009: Jugend gehört gehört!

Auf Initiative der Jusos haben die SPD, die SGK und die Jusos ein gemeinsames Schreiben an alle Vorsitzenden der SPD-Ortsvereine und SPD-Gemeinderatsfraktionen im Land verschickt. Darin wünschen sie sich die Unterstützung des SPD-Nachwuchses bei deren Kandidatur für die Kommunalwahlen 2009. Dies kann durch die Berücksichtigung der jungen Kandidaten auf aussichtsreichen Plätzen bei der Aufstellung der Listen geschehen. Die Landes-Jusos werden zudem alle jungen Kandidaten mit einer eigenen Kampagne unter dem Motto „Deine Stadt der Zukunft“ in Form von Schulungen, Flyern und Websites unterstützen.

TERMINE APRIL 2008

DIENSTAG, 1.
Polizeibeirat, Karlsruhe

FREITAG, 4.
Präsidium, Stuttgart

SAMSTAG, 5.
ASG-Expertengespräch, Stuttgart

MONTAG, 7.
AGS-Landesvorstand, Stuttgart

FREITAG, 11. – SONNTAG, 13.
Kommunalakademie der FES Baden-Württemberg, Herrenberg

SAMSTAG, 12.
Landesvorstand

ASF-Landesausschuss,
Göppingen

MONTAG, 14.
AfA-Landesvorstand, Stuttgart

MITTWOCH, 23.
AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart

SAMSTAG, 26.
Aktivenkonferenz „Nah bei den Menschen“, Filderstadt

TRANSPARENZ VON VERBÄNDEN ERHÖHEN

Von Peter Friedrich MdB

Günter Grass forderte bei seiner Rede vor der SPD-Bundestagsfraktion im Januar 2008 ein Hausverbot für alle Lobbyisten im Bundestag. Damit greift er ein verbreitetes Unbehagen über den Einfluss von Lobbyisten auf. Wir Sozialdemokraten müssen diese Kritik aufnehmen.

Die Tätigkeit von Verbänden und Interessengruppen hat in einem demokra-



tischen System ihre Berechtigung, solange durch sie kein unzulässiger Einfluss auf staatliche Institutionen ausgeübt wird. Sie muss aber auf eine transparente Art und Weise erfolgen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger ihr Bild machen können.

Werden Gesetze formuliert, ist es wichtig, die möglicherweise berechtigten Einwände betroffener Gruppen im vornherein anzuhören. Gerade weil die Kontakte zwischen Politik und Interessenvertretern oft dem Blickfeld der Öffentlichkeit entzogen sind, sollten Verbände, die den Kontakt zu Politik und Verwaltung suchen, jedoch einer höheren Transparenzverpflichtung als bislang unterliegen. Dazu gehört die Offenlegung von Höhe und Herkunft der Finanzen und sonstigen Ressourcen eines Verbandes. Weil oft stimmt „wes Brot ich es, des Lied ich sing“, wollen wir wissen, wer die Arbeit von Verbänden und Lobbygruppen finanziert und beauftragt.

Der Bundestagspräsident führt bereits heute eine Liste derjenigen Verbände, die ihre Interessen gegenüber dem Bundestag oder der Bundesregierung vertreten wollen. Wer sich nicht registrieren lässt, darf zu Ausschussanhörungen nicht eingeladen werden. Eine Offenlegung der verbandlichen Finanzierung ist in dieser Liste bislang allerdings nicht vorgesehen. Gemeinsam mit Christian Lange habe ich in der SPD-Fraktion eine Initiative auf den Weg gebracht, die dies ändern will. Entsprechend unseres Vorschlags soll die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages um eine Passage erweitert werden, die die verpflichtenden Angaben um „Herkunft und Höhe finanzieller und sonstiger Zuwendungen sowie deren jeweiliger Anteil am Jahresbudget des Verbandes“ zu verpflichtenden Angaben macht. Gleiches soll für die Geschäftsordnung der Bundesregierung gelten.

Wichtig ist darüber hinaus jedoch auch, die Mitarbeit externer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bundesministerien kritisch zu beleuchten. Externer Sachverstand ist wichtig, doch sollten keine Personen an Bundesministerien abgeordnet werden, die von Firmen und Verbänden finanziert werden.

Beide Initiativen werden dazu beitragen, demokratische Verantwortlichkeit und Nachvollziehbarkeit zu stärken. Deshalb müssen wir uns hier gegenüber unserem Koalitionspartner durchsetzen, weil die Arbeit von Lobbyisten, wie sie derzeit stattfindet, auch am Vertrauen in unsere Demokratie nagt. ■